



**Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU)**, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn  
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de), Homepage: [www.BBU-online.de](http://www.BBU-online.de)  
Facebook: [www.facebook.com/BBU72](http://www.facebook.com/BBU72)  
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

## BBU-Newsletter

11. Jahrgang, Nummer 08 / 2014

\*\*\*\*\*

### *Liebe Leserinnen und Leser,*

Am 23. September hat sich im Emsland (Niedersachsen) eine schwere Gasexplosion in einem Ölbohrfeld ereignet. Vier Arbeiter wurden schwer verletzt. Die genaue Ursache und die Folgen für die Umwelt waren bei Redaktionsschluss dieses Newsletter noch nicht bekannt. Der Unfall verdeutlicht: Wir müssen schnellstmöglich den Anteil der erneuerbaren Energien an der gesamten Energieversorgung weiter ausbauen. Risikotechnologien wie die Atomenergie und Fracking müssen gestoppt bzw. verboten werden. Dies geht nicht ohne Druck, nicht ohne Proteste auf der Straße. Die Anti-Atomkraft-Bewegung führt bis Ende Oktober eine bundesweite Atommüllkampagne durch und am 11. Oktober findet ein internationaler Aktionstag gegen Fracking statt. Weitere Informationen zu diesen Aktivitäten findet Ihr in diesem Newsletter. Und weitere Terminhinweise aus den Reihen der Umwelt- und Friedensbewegung findet Ihr auf der BBU- Terminseite unter <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>.



*Viel Erfolg bei euren örtlichen und überörtlichen Aktionen für den Umweltschutz wünschen die BBU-Geschäftsstelle, die BBU-Newsletter-Redaktion und der BBU-Vorstand.*

## 1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

### **Unterstützt mit kleinen und großen Spenden die Aktivitäten des BBU!**

Die Arbeit und das vielfältige Engagement des BBU gibt es leider nicht zum Nulltarif. Fracking, Atomtransporte, Chemieunfälle ... Zur erforderlichen Finanzierung unserer Arbeit bitten wir um großzügige **Spenden**. Jeder Euro hilft! Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, Bankleitzahl 37050198, Kontonummer: 19002666. Spenden an den BBU sind steuerlich absetzbar. Und natürlich ist es wichtig, dass auch immer mehr Initiativen, Umweltnetzwerke und auch Privatpersonen dem BBU beitreten. Aufnahmeanträge findet man unter <http://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>

## 2. Themenbereiche

### Artenschutz

#### **Mopsfledermäuse blockieren die Sauschwänzle-Bahn**

Weil seltene Mopsfledermäuse in Bahntunneln überwintern, sind die Winterfahrten der sogenannten Sauschwänzle-Bahn untersagt worden. Mehr dazu unter <http://www.suedkurier.de/region/schwarzwald-baar-heuberg/blumberg/kurznachrichten/Mopsfledermaus-verhindert-Winterfahrten;art1014688,7241969>

#### **Walfangverbot**

Trotz internationaler Schutzbemühungen will Japan weiterhin Wale fangen. Hierzu weitere Informationen unter <http://www.newswalk.info/artenschutz-walfangverbot-interessiert-japaner-herzlich-wenig-256085.html>

#### **Störche im Allgäu?**

Die „Augsburger Allgemeine“ informiert über den Storchenschutz im Allgäu:

<http://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Wie-das-Allgaeu-den-Storch-zu-sich-holen-will-id31282877.html>

# Atomindustrie

## **Castor- und Atommüll-Desaster**

Nach dem Besuch von Umweltministerin Hendricks im Wendland und nach den jüngsten Informationen über Pfsuch bei der Produktion von Castor-Atommüllbehältern hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) erneut die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Atomanlagen gefordert. "Die weitere Produktion von Atommüll muss unverzüglich gestoppt werden", fordert BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Bei ihrem ersten Besuch im Wendland hat Umweltministerin Hendricks am Donnerstag (4. September) Forderungen nach der sofortigen Stilllegung aller Atomkraftwerke abgelehnt. Die Unterstützung des AKW-Weiterbetriebs seitens der Umweltministerin ist für den BBU nicht akzeptabel. Gerade im Wendland mit dem Atommüll-Standort Gorleben hätte die Ministerin erkennen müssen, dass es mit der ständigen Neuproduktion von Atommüll nicht weiter gehen darf.

Dass weder Regierungen noch die Industrie das Atommüllproblem im Griff haben, verdeutlichen die neuen Informationen über Materialfehler bei fast 50 Castor-Atommüll-Behälter. Die Bundesanstalt für Materialforschung (BAM) hat nach Informationen der Süddeutschen Zeitung die Benutzung von 44 Castorbehältern untersagt. Behälterteile "seien nicht ordnungsgemäß geprüft worden, heißt es in einem Schreiben der BAM an die Essener Gesellschaft für Nuklearservice (GNS)".

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 06.09.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/06.09.14.pdf>

## **www.keineahnung.de? AKW-Gegner\_innen liefern Fakten**

Wissen Politiker\_innen und Journalist\_innen, wovon sie sprechen, wenn es um das Atommülldesaster und Gorleben geht? Diese Frage dränge sich immer wieder auf, betont die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. (BI). Jüngstes Beispiel sei das Gespräch des schleswig-holsteinischen Umweltministers Robert Habeck (Grüne) mit den ZEIT-Journalisten Marc Brost und Fritz Vorholz über die Option, hochradioaktive Abfälle oberflächennah und rückholbar zu lagern, statt sie in tiefe geologischen Formationen endzulagern.

"Positiv sehen wir, dass Habeck einräumt, dass es eine sichere Endlagerung nicht gibt und diese Debatte nach dem Debakel von Morsleben und Asse II überhaupt anschiebt. Doch dann zeigen die Gesprächspartner, dass sie offensichtlich nicht einmal wissen, wie es um Gorleben steht", kritisiert die BI. So heißt es im Text:

*"Habeck: Als Mitglied der Endlagersuchkommission, deren Auftrag grundsätzlich ethisch ist, würde ich es begrüßen, wenn die Kommission und die Parteien, auch meine eigene, das Thema neu diskutieren, statt die alte Grundannahme der Bundesrepublik, nämlich sicherer Einschluss, fortzuschreiben.*

*ZEIT: Dann spricht doch nichts dagegen, den Müll weiter in Gorleben einzulagern. Spätere Generationen könnten dann neu entscheiden."*

BI –Sprecher Wolfgang Ehmke: "Richtig ist, dass in Gorleben oberirdisch 113 Castoren und rund 6000 Kubikmeter schwach- und mittelaktive Abfälle zwischengelagert werden und dass aus dieser Zwischenlagerung eine Dauerlagerung zu werden droht. Im Salzstock Gorleben hingegen ruhen die Arbeiten und dort wurde zum Glück bisher nicht ein Gramm Atommüll eingelagert – das bietet – angesichts der desaströsen geologischen Daten – die einzigartige Chance, Fehler wie in der Asse II und Morsleben nicht zu wiederholen."

Umweltinitiativen und Anti-AKW-Gruppen haben, um das wahre Ausmaß des Atommülldesasters zu dokumentieren, eine Kampagne unter dem

Motto "Atommüllalarm – Tatorte in Deutschland" gestartet. Auf einer interaktiven Karte wird dargestellt, an welchen Orten Atommüll gelagert oder verarbeitet wird [www.atommuellreport.de](http://www.atommuellreport.de).

Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 20.09.2014. Die BI ist eine Mitgliedsorganisation des BBU. [www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)

## **Symbolische Blockade in Ahaus gegen Castortransporte**

Am Sonntag (21. September 2014) haben im Rahmen einer bundesweiten Atommüllkampagne etwa 70 bis 80 AtomkraftgegnerInnen am Atommüll-Castorlager in Ahaus demonstriert. Dabei wurde die Landstraße vor dem Atommüll-Lager für rund eine Stunde symbolisch blockiert. Die Protestaktion richtete sich u. a. gegen die drohende Verlagerung von Atommüll aus Jülich in die USA oder nach Ahaus. Bei einer Kundgebung vor dem Ahauser Atommüll-Lager sprachen sich Vertreter der Bürgerinitiative "Kein Atommüll in Ahaus" und der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg gegen Atomtransporte und für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen aus. Im Landkreis Lüchow-Dannenberg (Niedersachsen) befinden sich ebenso wie im Kreis Borken mehrere Atomanlagen.

Eine weitere Anti-Atomkraft-Demonstration kündigte bei der Kundgebung in Ahaus ein Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) an. Sie wird am 5. Oktober um 13.30 Uhr an der Urananreicherungsanlage in Gronau (Röntgenstraße 4) stattfinden. Mit der Aktion soll u. a. gegen die drohende Inbetriebnahme einer neuen Uranmüll-Lagerhalle für 60.000 Tonnen Uranoxid direkt neben der Urananreicherungsanlage demonstriert werden.

Zeitgleich mit der Aktion in Ahaus demonstrierten am Sonntag in Jülich rund 50 bis 60 AtomkraftgegnerInnen. Auch sie sprachen sich gegen den Abtransport von Atommüll aus Jülich in die USA bzw. nach Ahaus aus. Zudem richtet sich in Jülich der Protest gegen das bevorstehende riskante Umkippen des AVR-Reaktors. An der Protestaktion nahm auch ein Vertreter der us-amerikanischen Anti-Atomkraft-Bewegung teil. Weitere Informationen unter [www.atommuell-alarm.info](http://www.atommuell-alarm.info), [www.bi-ahaus.de](http://www.bi-ahaus.de), [www.bbu-online.de](http://www.bbu-online.de), [www.westcastor.de](http://www.westcastor.de). Pressemitteilung des BBU vom 22.09.2014

### **Bundesweite Kampagne „Atommüllalarm“ bis Ende Oktober**

(UB) Manchen Leuten fällt beim Thema Atommüll nur Gorleben ein, evtl. auch noch die Asse. Dass aber vielerorts im Bundesgebiet Atommüll gelagert oder hin- und hertransportiert wird, ist vielen Mitmenschen nicht bewusst. Wer denkt an die strahlenden Reste des hiesigen Uranabbaus? Wer an die Landessammelstellen für Atommüll? Wer an Zwischenlager an den Atomkraftwerken oder an das Uranfreilager an der Gronauer Urananreicherungsanlage? Mit Informationsveranstaltungen, Protestaktionen und einer Unterschriftensammlung wird derzeit seitens der Anti-Atomkraft-Bewegung verstärkt auf den vielfältigen Atommüll „vor der Haustür“ informiert. Die bundesweite Kampagne wird auch vom BBU unterstützt. Ausführliche Informationen unter [www.atommuell-alarm.info](http://www.atommuell-alarm.info).

### **Neue Vortragsreise von Kazuhiko Kobayashi**

Kazuhiko Kobayashi aus Japan hält in diesem Herbst wieder Vorträge in der Bundesrepublik zur Situation in Fukushima. Weitere Informationen unter [www.bbm.de/2014/09/vorankundigung-fur-oktober-aktuelle-berichte-aus-fukushima-mit-kazuhiko-kobayashi/#more-2565](http://www.bbm.de/2014/09/vorankundigung-fur-oktober-aktuelle-berichte-aus-fukushima-mit-kazuhiko-kobayashi/#more-2565).

## **CO-Pipeline**

### **Der BBU begrüßt das Urteil gegen die CO-Pipeline und dankt den Klägern**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sieht in dem Beschluss des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster gegen die CO-Pipeline einen großen Erfolg für die Kläger und auch für Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen. "Allen Aktiven gilt unser Dank", so Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU.

Im Urteil des OVG Münster von Ende letzter Woche heißt es zur umstrittenen CO-Pipeline: "Das Oberverwaltungsgericht sieht in dem Rohrleitungsgesetz einen Verstoß gegen das durch Art. 14 des Grundgesetzes geschützte Grundrecht der Kläger auf Eigentum. Zur Begründung hat der Senat im Wesentlichen ausgeführt: Die Pipeline stelle im Ausgangspunkt ein privatnütziges Vorhaben dar, durch das das Wohl der Allgemeinheit allenfalls mittelbar gefördert werden könne. Deshalb müsse sich das Rohrleitungsgesetz an den hohen Anforderungen messen lassen, die das Grundgesetz für eine Enteignung zu Gunsten privater Unternehmen enthalte." (Vollständige Pressemitteilung des OVG Münster vom 28.08.2014 unter

[http://www.ovg.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/25\\_140828/index.php](http://www.ovg.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/25_140828/index.php)).

Mit Planfeststellungsbeschluss vom 14.2.2007 hatte die Bezirksregierung Düsseldorf den Bau und Betrieb einer CO-Pipeline zugelassen, die die linksrheinisch gelegenen Chemieparcs der Bayer AG in Krefeld-Uerdingen und Dormagen verbinden soll, etwa 66 km lang ist und überwiegend rechtsrheinisch verläuft. Die Pipeline ist weitgehend fertig gestellt, aber noch nicht in Betrieb.

Nach Auffassung des BBU ist eine derartig lange Röhre nicht lückenlos kontrollierbar. "Bei einem vorsätzlich oder versehentlich herbei geführten Austritt von Kohlenmonoxid verteilt sich das giftige Gas in weiten Bereichen. Wenn Kohlenmonoxid über die Lunge in den Blutkreislauf gelangt ist, kommt es zu Behinderungen des Sauerstofftransports im Blut, und es kann zum Tod durch Erstickung führen. Tödliche Konzentrationen dieses giftigen Gases sind nicht wahrnehmbar und eine Rettung Betroffener ist unmöglich. Zudem ist Kohlenmonoxid nicht nur giftig, sondern auch fortpflanzungsgefährdend und hochentzündlich", erläutert der engagierte BBU-Fachmann Oliver Kalusch.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 02.09.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/02.091.14.pdf>

## **Fracking**

### **BBU fordert von Bundes-Wirtschaftsminister Gabriel: Schluss mit dem Taktieren beim Fracking**

Mit Empörung hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) auf Äußerungen von Bundes-Wirtschaftsminister Gabriel (SPD) gegenüber einer Runde von 30 Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag reagiert. Gabriel hatte erklärt, dass es nicht gehe, die Förderung von Schiefergas in Deutschland auf ewig auszuschließen. Damit entlarvt Gabriel sein eigenes Eckpunktepapier zu Fracking als rein taktischen Winkelzug. Das Eckpunktepapier sieht vor, Fracking zur Schiefergasgewinnung zwischen der Erdoberfläche und einer Tiefe von 3.000 m zu verbieten und das Verbot 2021 zu überprüfen. Das Ergebnis der Prüfung scheint für Gabriel jedoch bereits jetzt festzustehen: Nach einer Schamfrist soll Deutschland mit Fracking-Vorhaben überzogen werden.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt zu diesem Vorgang: „Anscheinend will Gabriel nicht nur seine SPD, sondern auch die CDU/CSU noch vor der Beratung von Anträgen mehrerer Bundesländer in Bundsratsausschüssen auf Linie bringen. Denn dem Bundes-Wirtschaftsminister ist bewusst, dass die Fracking-Pläne der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung in der letzten Legislaturperiode am Widerstand zahlreicher Unionsabge-

ordneter gescheitert sind. Dem soll anscheinend bereits im Vorfeld vorgebeugt werden. Der BBU appelliert an die kritischen Abgeordneten, auch jetzt standhaft zu bleiben und die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.“ Der BBU fordert Gabriel auf, das Taktieren beim Thema Fracking endlich einzustellen. Statt dem Drängen der Gasindustrie auf Fracking nachzugeben, verlangt der Umweltverband vom Bundes-Wirtschaftsminister noch vor den Bundesratsverhandlungen in dieser Woche ein Bekenntnis zu einem ausnahmslosen Fracking-Verbot. Pressemitteilung des BBU vom 02.09.2014.

## **Anti-Fracking-Bewegung richtet Offenen Brief an die Mitglieder des Bundestagsausschusses für Gesundheit und die Landes-Umweltminister**

Im Vorfeld der Beratungen des Bundesrates in den nächsten Tagen zum geplanten Pro-Fracking-Recht hat sich das Kompetenzteam Gesundheit des Zusammenschlusses „Gegen Gasbohren“ mit einem Offenen Brief an die Mitglieder des Bundestagsausschusses für Gesundheit und die Landes-Umweltminister gewandt. In dem Schreiben wird auf die geplante Bestandsschutzregelung verwiesen, die die Aufhebung einer erteilten wasserrechtlichen Fracking-Genehmigung faktisch unmöglich machen würde. Im Detail und unter Angabe von Literaturangaben verweist das Kompetenzteam Gesundheit auf die fehlende langfristige Sicherheit des Fracking-Verfahrens, Undichtigkeiten der Stahl/Zementverbunde, die fehlende Dichtigkeit von Deckschichten und die daraus resultierenden Gesundheitsgefahren.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Es ist wichtig, den verantwortlichen Politikern im Vorfeld der Fracking-Entscheidungen die Konsequenzen ihres Handelns klar zu machen. Wer im Bundesrat für die Rechtsänderungsentwürfe von Hessen, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein stimmt oder für die in Gesetz gegossene Politik des Eckpunkteapiers von Bundes-Wirtschaftsministerium und Bundes-Umweltministeriums die Hand hebt, stimmt nicht für ein Fracking-Verbot. Vielmehr wird dadurch Fracking ermöglicht – mit katastrophalen Folgen für das Trinkwasser und die menschliche Gesundheit.“

Für den BBU bringt es der einleitende Abschnitt des Offenen Briefes auf den Punkt. Dort heißt es: „Trinkwasser ist unsere Ressource Nr.1, wenn auch im Kataster der „Bodenschätze“ dieser kostbarste aller unserer Rohstoffe nicht als solcher aufgeführt ist. Ohne gutes Wasser können wir nicht leben, ohne gefracktes Erdgas aus Deutschland schon.“

Der Offene Brief steht zum Download bereit unter: [www.bbu-online.de](http://www.bbu-online.de) (Aufgabenbereiche / Fracking).

Direktlink: [http://www.bbu-online-de/Arbeitsbereiche/Fracking/Offener%20Brief3%20%20an%20Gesundheitsausschuss%20VFu%20KO-02%2009%2014.pdf](http://www.bbu-online.de/Arbeitsbereiche/Fracking/Offener%20Brief3%20%20an%20Gesundheitsausschuss%20VFu%20KO-02%2009%2014.pdf)

Pressemitteilung des BBU vom 03.09.2014

## **BBU informiert Mitglieder des Umweltausschusses des Bundesrates über neue Erkenntnisse zu Fracking-Gefahren**

Angesichts der heutigen Sitzung des Umweltausschusses des Bundesrates hat sich der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) mit einem umfangreichen Schreiben an die Mitglieder des Umweltausschusses des Bundesrates gewandt und diese über neue Erkenntnisse zu den Gefahren des Frackings informiert.. Auf der Tagesordnung der Sitzung stehen die Rechtsänderungsentwürfe und Vorschläge der Bundesländer Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hessen und Baden-Württemberg für eine Regulierung des Frackings. Der BBU lehnt die Vorschläge der vier Bundesländer ab und bittet die Vertreter der Bundesländer, diese zurückzuweisen, sich für ein ausnahmsloses Fracking-Verbot einzusetzen und dem Bundestag einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführende Vorstand des BBU erklärt: „Mit Besorgnis stellen wir fest, dass in den letzten Tagen von interessierter Seite kampagnenartig Werbung für Fracking und Desinformation betrieben wird. Wir gehen davon aus, dass die Lobby der Gasindustrie die Politiker und damit die Entscheidung von Bundesrat und Bundestag in ihrem Sinne beeinflussen will. Dem stellen wir sachliche Informationen für die Ländervertreter entgegen. In einem Schreiben an die Bundesratsmitglieder im Umweltausschuss haben wir zahlreiche Fakten aufgeführt.“

So klärt der BBU-Brief über den zu Unrecht als vorbildlich dargestellten niedersächsischen Dialogprozess zu Fracking und die Fracking-Erfahrungen in Niedersachsen auf. Zudem werden neue Erkenntnisse hinsichtlich der von Fracking ausgehenden Risiken und Umweltgefahren dargestellt. Hierzu gehören Informationen über die Reichweite von Frack-Auswirkungen, Unsicherheiten bei der Prognose von Rissausbreitungen, die Auswertung von Daten über Altbohrungen, die Darstellung der unsicheren Zementierung der Bohrlöcher, die Darstellung der festgestellten Grundwasserkontaminationen in Pennsylvania (USA) durch die staatliche Umweltbehörde sowie neue Beobachtungen zur induzierten Seismizität.

Oliver Kalusch zieht aus diesen Erkenntnissen ein klares Resümee: „Fracking in Kohleflözen, Schiefergestein oder Sandstein gefährdet die Gesundheit der Menschen und die Umwelt, unabhängig davon, ob es mit oder ohne ‚umwelttoxische Stoffe‘ erfolgt oder in welcher Tiefe es stattfindet. Ginge es nur nach den naturwissenschaftlichen Fakten, wäre die Verabschiedung eines ausnahmslosen Fracking-Verbots eine Selbstverständlichkeit. Wir möchten die Ländervertreter mit unserem Schreiben ermutigen, sich dieser Position anzuschließen.“

Der Text des Schreibens des BBU an die Mitglieder des Umweltausschusses des Bundesrates ist zu finden unter <http://www.bbu-online.de> (Arbeitsbereiche / Fracking). Direktlink:

[http://www.bbu-online.de/Arbeitsbereiche/Fracking/Bundesrat\\_end\\_OB.pdf](http://www.bbu-online.de/Arbeitsbereiche/Fracking/Bundesrat_end_OB.pdf)

BBU-Pressemitteilung vom 04.09.2014





## BBU kritisiert verzerrten Panorama-Blick auf Fracking

Als Kampagne zur Unterstützung der Pro-Fracking-Lobby bewertet der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die Sendungen der Panorama-Redaktion aus den letzten Tagen. Während die Anhänger der unbeherrschbaren Hochrisikotechnologie und ihre Positionen breit zu Wort kamen, hatten die Beiträge von Vertretern von Bürgerinitiativen eine reine Feigenblattfunktion. Statt die Argumente der Fracking-Befürworter zu hinterfragen, wie es kritischer Journalismus gebieten würde, wurden ihre Meinungsäußerungen fast durchgängig als bare Münze verkauft. Den in der Sendung „Panorama – die Reporter“ selbst formulierten Anspruch, nicht ideologisch, sondern sachlich, ehrlich und emotionsfrei zu diskutieren, konnten die Redakteure nicht einlösen.

Grundsätzlich hält sich der BBU mit Kritik an journalistischen Beiträgen zurück. Zu einer lebendigen Demokratie gehören kontroverse Ansichten. Da jedoch in diesem Fall ein tendenziöser Beitrag zur Legitimierung einer umweltzerstörenden Technik innerhalb einer Woche in immer neuer Gestalt und in ständig wachsender Länge gezeigt wurde, geht der Umweltverband von einer gezielten Kampagne aus, die nicht unwidersprochen bleiben darf. Dass sich die Panorama-Redakteure nun auf ihrer Homepage über die ablehnende Reaktion der Zuschauer überrascht zeigen und sich rechtfertigen, macht den Vorgang nicht besser. Denn auch diese Rechtfertigung dient lediglich dazu, Halbwahrheiten zu wiederholen.

Diplom-Physiker Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU ist Mitglied der Kommission für Anlagensicherheit (KAS), die das Bundes-Umweltministerium und die Bundesregierung in sicherheitstechnischen Fragen berät. Die Verhinderung von Störfällen, die Begrenzung ihrer Auswirken und Risikomanagement sind Themen, mit denen er sich täglich auseinandersetzt. Er ist entsetzt über die Beiträge der Panorama-Redaktion und erklärt: „Aus meiner Sicht verzerren die Autoren konsequent die kontroverse Diskussion über Fracking. So werden persönliche Statements von Fracking-Befürwortern faktisch zur Wahrheit. Gerade am Beispiel der Aussagen des Gutachters Uwe Dannwolf wird dies deutlich. Ohne jeden Beleg bezeichnet er die Fracking-Technik als beherrschbar. Doch dies ist durch das UBA-Gutachten, bei dem er einer der führenden Autoren war und durch seine eigenen Darstellungen von Störfall-Eintrittswahrscheinlichkeiten in diesem Werk in keiner Weise belegt oder plausibel. Sein Sicherheitskonzept wäre in der Chemieindustrie inakzeptabel.“

Thorben Gruhl ist Ingenieur und Mitglied der Deutschen Wissenschaftlichen Gesellschaft für Erdöl, Erdgas und Kohle e.V. (DGMK) sowie im Aktionsbündnis NoMoor Fracking aktiv. Er hat sich intensiv mit den Fragen der Geologie und Bohrtechnik auseinander gesetzt und ergänzt: „Wenn Panorama darauf verweist, dass seit 1961 in Niedersachsen im Sandstein gefracked wird und damit suggeriert wird, dass der Fracking-Prozess keine Probleme bereite, führt das in die Irre. Beispiele für fehlgeschlagene Fracs und beschädigte Bohrungen sind in der Fachliteratur und den Akten des Bergamtes zu finden. Eine systematische Auswertung der Umweltauswirkungen der über 330 Fracs steht nach wie vor aus. Eine Unbedenklichkeit lässt sich auf dieser Grundlage nicht belegen.“

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 11.09.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/11.09.14.pdf>



## Internationaler Aktionstag gegen Fracking am 11. Oktober 2014

Am 11. Oktober wird der diesjährige internationale Aktionstag gegen Fracking stattfinden. Neben mehreren örtlichen Initiativen aus dem Bundesgebiet ruft auch der BBU dazu auf, am 11. Oktober deutliche Zeichen gegen Fracking zu setzen. Wer für den 11. Oktober eigene Aktionen gegen Fracking plant, kann diese zur gemeinsamen Koordination dem BBU mitteilen. Ansprechbar ist dafür BBU-Pressereferent Udo Buchholz, [udo.buchholz@bbu-bonn.de](mailto:udo.buchholz@bbu-bonn.de). Veröffentlicht werden die Veranstaltungshinweise unter [www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm](http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm)

Hintergrundinformationen zum Aktionstag am 11. Oktober findet man im Internet unter

<http://www.globalfrackdown.org>. Weitere Informationen des BBU zum Thema Fracking unter

<http://www.bbu-online.de/Arbeitsbereiche/Fracking/Arbeitsbereiche%20Fracking.html>

## Friedensbewegung

### Kooperation für den Frieden

Der BBU ist schon lange Mitglied der Kooperation für den Frieden. Sie ist ein Dachverband der Friedensbewegung, dem mehr als 50 friedenspolitische Organisationen und Initiativen angehören.

Die Kooperation für den Frieden...

- organisiert Diskussions- und Beratungsprozesse innerhalb der Friedensbewegung
- fördert den Austausch von Informationen und Einschätzungen zwischen Organisationen und Gruppen
- unterstützt oder initiiert Veranstaltungen und Kampagnen
- veröffentlicht die aus diesen Prozessen hervorgegangenen Positionen
- verbreitet Aktionsvorschläge für die Friedensarbeit
- ermöglicht persönliche Kontakte zwischen Aktiven, z.B. bei der Mitarbeit im Kooperationsrat oder bei den jährlichen Konferenzen.

Weitere Informationen über die Kooperation, Terminhinweise etc. unter <http://www.koop-frieden.de/aktuelles.html>



## Gewässerschutz

### **VSR-Gewässerschutz stellt bei seiner Messfahrt fest: Hohe Phosphatbelastung in Sagter Ems und Leda resultiert aus der landwirtschaftlichen Nutzung der Hochmoorböden**

Landwirte, die Hochmoorböden stark entwässern und übermäßig mit Gülle düngen, verursachen zwangsläufig die starke Phosphatbelastung der angrenzenden Gewässer. Im letzten Winter untersuchte der VSR-Gewässerschutz im Rahmen seines Projektes „Phosphatbelastung unserer Gewässer durch Entwässerungsmaßnahmen“

Die Ursachen der hohen Phosphatbelastung der Leda. Vom Zusammenfluss der Quellbäche Marka und Ohe südlich des Saterlandes über die Sagter Ems bis in den Unterlauf der Leda führte dabei die Messfahrt der Gewässerschützer. Aus einer Pressemitteilung der BBU-Mitgliedsorganisation VSR-Gewässerschutz vom 18.08.2014. Vollständiger Text unter <http://www.vsr-gewaesserschutz.de/resources/PE+Leda+2014.pdf>

## Innenraumschadstoffe

### **Formaldehyd**

Immer wieder führen Innenraumschadstoffe zu Belastungen in Schulen:

[http://www.tagblatt.de/Home/nachrichten/reutlingen\\_artikel.-Komplettsanierung-mit-Rueckbau-bis-zum-Rohbau-noetig-arid,274003.html](http://www.tagblatt.de/Home/nachrichten/reutlingen_artikel.-Komplettsanierung-mit-Rueckbau-bis-zum-Rohbau-noetig-arid,274003.html)

## Meeresschutz

### **Plastik-Fischerei**

Die Meere sind voll mit Plastikmüll. Ein junger Niederländer hat eine konkrete Vision, wie das künstliche Treibgut in den Meeren reduziert werden könnte: <http://www.klimaretter.info/umwelt/hintergrund/17083-die-plastik-fischer>

## Naturschutz

### **Bewahrt Fehmarn!**

„Bewahrt Fehmarn!“ hat versprochen, sich für ganz Fehmarn und gegen drohende Schäden einzusetzen. Daher wenden wir uns nicht nur gegen das geplante 15 Hektar große Industrieareal, sondern auch gegen die drei Betonbrücken über den Fehmarnsund. Unserer Meinung nach hat das Bundesverkehrsministerium diese Option vorschnell favorisiert und für Fehmarn womöglich bessere Lösungen wie z.B. einen Tunnel zu schnell verworfen. Hintergrund ist die für die Zukunft angenommene starke Zunahme des Straßen- und Schienenverkehrs aufgrund der geplanten Belt-Querung zwischen Deutschland und Dänemark. Wir haben eine Online-Petition gestartet, die sich an Bundesverkehrsministerium bzw. den Bundesverkehrsminister richtet.

Quelle und weitere Informationen unter

[www.bewahrt-fehmarn.de/jetzt-auch-online-petition-gegen-das-betonbruecken-trio](http://www.bewahrt-fehmarn.de/jetzt-auch-online-petition-gegen-das-betonbruecken-trio)

## TTIP und CETA

### **Bündnis gegen TTIP und CETA zieht vor den Europäischen Gerichtshof**

Das aus über 240 Organisationen bestehende Bündnis „Stop TTIP“ hat entschieden, Rechtsmittel gegen die Ablehnung der Europäischen Bürgerinitiative zu TTIP und CETA durch die Europäische Kommission einzulegen. Die Organisatoren kündigten außerdem an, dass die Europäische Bürgerinitiative wie geplant durchgeführt werde, auch ohne Anerkennung durch die EU-Kommission. „Die juristischen Argumente, mit denen die Kommission die Ablehnung unserer Bürgerinitiative begründet, sind unserer Auffassung nach falsch. Das werden wir vor dem Europäischen Gerichtshof vertreten“, erklärt Michael Efler, Mitglied des Bürgerausschusses der Initiative. Anders als von der Kommission behauptet, könne diese sich auch auf das Verhandlungsmandat zu TTIP und CETA beziehen. „Wir werden vor dem Europäischen Gerichtshof dafür streiten, dass internationale Handelsabkommen in Zukunft nicht mehr im Geheimen und ohne jede Interventionsmöglichkeit verhandelt werden. Es darf nicht sein, dass das Europäische Parlament und die Öffentlichkeit nach Geheimverhandlungen, auf die wir Bürger keinerlei Einfluss haben, vor vollendete Tatsachen gestellt werden“, so Efler weiter. Quelle und weitere Infos: <http://www.ttip-unfairhandelbar.de/start/ebi>. Der BBU ist Mitglied im Bündnis „Stop TTIP“.



**Impressum: BBU-Newsletter Nr. 08 / 2014**, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 30.09.2014. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: [Buchholz@bbu-bonn.de](mailto:Buchholz@bbu-bonn.de). In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.